

# Staatsstreich in Zeitlupe

## 6. KAPITEL: EIN RETTUNGSDESASTER

**Andreas van de Kamp**  
andreasvandekamp@gmail.com

Der Startschuss für die europäische Krise fiel an einem Ort, der als Geburtsland der "Demokratie" galt - Griechenland. Doch was sich rund um die Bewältigung der griechischen Staatsschuldenkrise abspielte, ist zu einer Schlammlawine von Unfähigkeit, Lügen und Vertragsbrüchen angewachsen, die einen zentralen Glaubensartikel der kontinentalen Demokratien verschüttet hat: dass die europäischen Berufspolitiker nämlich noch irgendwie in Treu und Glauben handeln würden oder zumindest Angst hätten, sie könnten bei Wahlen "abgestraft werden". Doch diese haben mittlerweile entdeckt, dass das weder die Steuerzahler noch die Sozialhilfeempfänger tun und dass beide es stattdessen vorziehen, geduldig auf die Zustellung der Rechnung zu warten.

Eigentlich war die Misere von der verantwortungslosen Budgetpolitik der griechischen Elite ausgegangen, die seit langem von zwei Familien dominiert wird.<sup>1</sup> Es war deren Politik, die Hellas Anfang 2010 in die Zahlungsunfähigkeit führte. Sofort eilten die europäischen Finanzminister, EZB und Internationaler Währungsfonds zu Hilfe. Aber es war eine Art von Hilfe, die den Schaden sowohl für die europäischen Völker als auch für die griechischen Staatsbürger maximierte.

Diese "Rettungsaktion" hat Europa bisher die Hälfte jenes Betrags gekostet, die die USA nach dem zweiten Weltkrieg in den wirtschaftlichen Wiederaufbau eines ganzen Erdteils gesteckt haben. Die EU hat mit ihren Rettungsaktionen aber nichts gelöst, sondern nur die Konsequenzen auf die lange Bank geschoben. Es besteht kein Zweifel, dass die Kosten in den kommenden Jahren weiter steigen. Das nächste "Hilfspaket" ist schon in Vorbereitung.

Das Rettungsdesaster schmälert das Selbstbewusstsein derjenigen, die es zu verantworten haben, aber nicht im geringsten. Im Gegenteil. Sie nehmen die Sache zum Anlass, um mehr Macht für sich selbst zu fordern: "Wenn wir nicht besser auf eure Politiker aufpassen, führen die den Staat in die Pleite. Wir, der Rat, die Kommission und die EZB, brauchen Kompetenzen, um eure nationalen Politiker strenger beaufsichtigen zu können."

Das fatale Spiel setzte 2010 ein, nachdem bekannt geworden war, dass die 2009 abgewählte

---

<sup>1</sup> Karamanlis (konservativ) und Papandreou (sozialdemokratisch)

griechische Regierung das Doppelte des bis dahin zugegebenen Defizits gebaut hatte, was die Aufnahme von frischem Kredit "am Markt" unmöglich machte. Gleich danach begannen die europäischen Politiker mit dem "Schnüren von Hilfspaketen" Sie begründeten ihre Bemühungen damit, dass es ja gar nicht um Griechenland, sondern um den Euro gehe.<sup>2</sup>

Im Februar und März war zunächst von "bis zu 25 Milliarden" die Rede<sup>3</sup>, "allerhöchstens", "nur als Garantie", "im Notfall" und "unter drakonischen Auflagen". Im April 2010 war man bei 45 Milliarden angelangt (30 Milliarden Euro aus bilateralen europäischen Krediten, 15 Milliarden vom Währungsfonds) - auch dies unter der "strikten Bedingung" dass das griechische Defizit 2010 auf 8,7 Prozent reduziert werden müsse.<sup>4</sup>

Beruhigenderweise konnte das der griechische Finanzminister Giorgos Papaconstantinou verlässlich zusagen. Daher beschlossen die EU-Politiker einen Monat später ihr erstes Hilfspaket im Umfang von 110 Milliarden Euro. Eineinhalb Jahre danach approbierten sie weitere 130 Kreditmilliarden, die von einem "Haircut" für private Gläubiger in Höhe von etwa 100 Mrd. Euro begleitet wurden.

Und heute, im Sommer 2013, fangen die Zeitungen an, über das dritte Hilfspaket zu schreiben - ausgelöst durch eine unvorsichtige Aussage des deutschen Finanzministers. Für diesen Ausrutscher wurde Wolfgang Schäuble auch unüblich offen gerüffelt.<sup>5</sup>

Schäubles politischer Fehler war von einem hinter den Kulissen stattfindenden Tauziehen über die Lastenverteilung im neuen Paket ausgelöst worden. Dieser Streit wird hauptsächlich zwischen dem IWF und der deutschen Regierung ausgetragen. Wegen der Aufmerksamkeit, die das erzeugt hat, ist über die Diskussion inzwischen das Schweigegebot der Mafia verhängt worden: "Zwischen Berlin und Washington ist die Omertà vereinbart worden, sagte ein hoher EU-Beamter (...): 'Du, Deutschland machst keine Schwierigkeiten bei der Finanzierung und wir (der IWF) machen momentan keine Schwierigkeiten, indem wir einen Schuldenerlass durch die Eurostaaten verlangen.'"<sup>6</sup>

Über die Veröffentlichung eines Schwalls unterschiedlicher Zahlen versuchte man jedenfalls zu suggerieren, es werde sich lediglich um einen "kleinen Milliardenbetrag" - z.B. 10 Milliarden - handeln. Der sogenannte Bruttofinanzierungsbedarf des Landes liegt bis 2020 aber bei wenigstens 77 Milliarden - wahrscheinlich höher, weil die Steuern nicht so ergiebig sprudeln wie man gehofft hatte. Auch die Annahme, dass Griechenland nächstes Jahr wieder an den Kapitalmarkt gehen könne, ist sehr optimistisch.

---

<sup>2</sup> Washington rettet (in der Regel) bankrotte Bundesstaaten auch nicht - und der US-Dollar besteht noch immer

<sup>3</sup> APA 446, 15.3.2010

<sup>4</sup> Es belief sich schließlich auf 10,5 Prozent.

<http://www.ft.com/intl/cms/s/0/42b432dc-f8b5-11e0-ad8f-00144feab49a.html#axzz2ddk4bf7U>

<sup>5</sup> "Mr. Oettinger, who is a member of Ms. Merkel's CDU party, said in the newspaper that it wasn't necessary to bring up the issue of Greek aid with just weeks to go before elections."

<http://online.wsj.com/article/BT-CO-20130824-700934.html>

<sup>6</sup> [http://online.wsj.com/article/SB10001424127887324009304579042703488214102.html?mod=fox\\_australian](http://online.wsj.com/article/SB10001424127887324009304579042703488214102.html?mod=fox_australian)

Realistische Schätzungen belaufen sich derzeit auf 40 bis 50 Milliarden. Ein großer Teil der Einnahmen muss dazu verwendet werden, bevorrechtete Gläubiger zufriedenzustellen. Der Betrag des dritten Pakets hängt eher davon, in welcher Höhe und wann Kreditrückzahlungen für den IWF und die EZB stattfinden müssen als von der Konjunktur in Griechenland. Eine Rolle spielt ferner, wie hoch der Schuldenerlass durch die Eurostaaten ausfallen wird und ob eine Neuklassifizierung von Zahlungen stattfinden darf, die der Rettungsfonds vor zwei Jahren geleistet hat. Hier besteht die Gefahr, dass auch bei den anderen ESM-Schuldnern die Forderung nach Gleichbehandlung ausgelöst wird.

Es ist eine seit spätestens 2010 bekannte Mischung aus Desinformation, Verheimlichung und Informationspannen. Bereits die ersten Hilfspakete liefen nach diesem Muster ab. Hauptziel ist dabei immer, zu verbergen, dass jedes Jahr hunderte Milliarden in ein "schwarzes Loch" überwiesen werden. Und zwar von rechtlich größtenteils immunen Politikern nachdem ihnen von "unabhängigen", juristisch völlig unantastbaren Beamten supranationaler Organisationen ein "Persilschein" ausgestellt worden ist.

Der Ausdruck "schwarzes Loch" bedeutet, dass der Staat Griechenland seit drei Jahren de facto pleite ist und dass keine Aussicht besteht, dass die Schulden zurückbezahlt werden können, nicht einmal zu einem Drittel. In dem Moment, in dem die Überweisungen der Europäer beendet würden müsste Athen zum siebten Mal in 200 Jahren Pleite anmelden. Nach Berechnungen zweier amerikanischer Ökonomen befand sich Griechenland zwischen 1800 und 2008 105 Jahre - die Hälfte der Zeit - im Zustand des Bankrotts.<sup>7</sup>

Schon im Juni 2013 herrschte zwischen den Teilnehmern der Disaster-Allianz Streit. Der IWF ließ einen vertraulichen Bericht durchsickern, in dem in ohnedies gesetzten Worten zugegeben wird, dass der IWF nach seinen eigenen Kriterien die Zahlungen nie hätte genehmigen dürfen; dass die offiziell angegebenen Wachstumsaussichten und die Fähigkeit der Griechenlands, seine Schulden zu bedienen um ein Vielfaches überschätzt worden sei und dass eine frühzeitigere (und weitgehendere) Streichung von Schulden dem Land mehr geholfen hätte.<sup>8</sup>

Das war damals allen, die Zeitungen lasen, klar. Die einzige Gruppe, die das partout ganz anders sehen wollte, waren die europäischen Finanzminister, unter ihnen Deutschlands Wolfgang Schäuble und Österreichs Maria Fekter. Offiziell fand auch die Mehrzahl der österreichischen Zeitungskommentatoren Verständnis. Nur ganz vereinzelt regte sich Protest - wie hier: "Und am Ende der verpulverten 210 Milliarden steht das Land genau dort, wo es vorher war: am Abgrund, mit einem nicht zu schulternden Schuldenrucksack."<sup>9</sup>

Die in genannte Summe kann heute noch als Schätzung herhalten, was "Griechenland" der

---

<sup>7</sup> <http://blogs.reuters.com/reuters-investigates/2011/05/12/why-a-greek-default-wouldnt-be-news/>

<sup>8</sup> <http://online.wsj.com/article/SB10001424127887324299104578527202781667088.html>

<sup>9</sup> <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/diebilanz/675760/Mit-Konkursverschleppung-ist-in-Griechenland-niemandem-geholfen>

Europäischen Union bisher gekostet hat.<sup>10</sup>

Um diese Summe könnte man 2100 Kindergärten bauen.<sup>11</sup> Um einen passenden historischen Vergleich zu finden muss man schon bis in die Nachkriegszeit zurückgehen - eben auf das ERP-Programm, das nach dessen "Erfinder" auch Marshallplan genannt wurde.

Weil derlei Langfristvergleiche immer ihre Tücken haben hier eine kurze Erklärung der Rechnung: Ein direkter Vergleich mit dem mit 13 Milliarden Dollar dotierten US-Programm macht natürlich keinen Sinn, weil der Dollar damals eine viel höhere Kaufkraft besaß. Aussagekräftiger ist es, wenn man die gewährte Unterstützung an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Hilfestellers misst.

Die Vereinigten Staaten haben für den Marshallplan zum Wiederaufbau Westeuropas zwischen 1948 und 1951 fünf Prozent ihrer Wirtschaftsleistung eines Jahres aufgewendet (BIP 1948: 258 Mrd. Dollar). Sowjetisch besetzte Länder konnten - mit Ausnahme Österreichs - nicht um Unterstützung ansuchen. Begünstigt waren 17 Länder.

Der Umfang der Hilfestellung, die die europäischen Staaten "Griechenland" gegeben haben, ist wegen statistischer Unschärfen nicht genau zu beziffern. Die Schätzung von 210 Milliarden ist aber eine sehr "konservative", die das ja noch nicht vereinbarte, aber mit Sicherheit eintreffende dritte Hilfspaket nicht berücksichtigt. Die Summe beinhaltet den Großteil der Kredite und Garantien aus einem bilateralen und zwei Hilfsprogrammen der Troika (EFSF-Mittel), die Anleihenkäufe und Liquiditätshilfe durch die Europäische Zentralbank und jenen Anteil am (ersten) Schuldenschnitt, den staatliche Banken (Bad Banks) tragen mussten.

Nicht enthalten sind die Belehnung griechischer Anleihen durch die EZB im Rahmen ihres normalen Geschäfts, der Anteil des Währungsfonds an den Hilfskrediten, der Schuldenerlass von 2012 durch "echte private Gläubiger" und jene EU-Strukturmittel, die unabhängig von der Krise ohnedies nach Griechenland geflossen wären. 210 Milliarden entsprechen damit etwa dem Betrag, den ausschließlich europäische und ausschließlich staatliche Kreditgeber zur Stabilisierung der Situation bisher ausgegeben (garantiert) haben.

Verglichen wird das mit dem Bruttoinlandsprodukt des Euroraums. Dieses betrug 2010 9162 Mrd. Euro. Eine einfache Schlussrechnung ergibt, dass 2,3 Prozent des Euroland-BIP für "Griechenland" bzw. seine Gläubiger ausgegeben wurde.

---

<sup>10</sup> Der Kommentar von 2011 berücksichtigt einige seither angefallene Zahlungen nicht, antizipiert aber andere, die damals faktisch noch nicht erfolgt waren

<sup>11</sup> Die Kosten liegen bei etwa 1 Million Euro. <http://salzburg.orf.at/news/stories/2583708/>

### Marshall- versus Juncker-Plan<sup>12</sup>

	Aufwendungen (in Mio \$, E)	BIP "Helfer" (in Mio. \$, E)	Aufwendungen/BIP Helfer	Hilfsvolumen/BIP Empfänger	Begünstigte
US-Marshallplan (1948 - 1951)	12.731	258.000	4,9 %	2,1 %	Österreich, Belgien, Luxemburg, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Island, Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweden, Schweiz, Türkei, UK
Euroland-Griechenhilfe (2009 - 2012)	210.000	9.161.734	2,3 %	94,5 %	Griechenland

Kommissionspräsident Barroso stellte bei einer Rede vor dem Europa-Parlament selbst einen Vergleich mit dem Marshall-Plan an und bezeichnet die Aktion stolz als Musterbeispiel für europäische Hilfsbereitschaft. Aus der Warte des Empfängers habe "Griechenland" 84 mal mehr bekommen als Westeuropa damals von den Amerikanern. Den EU-Abgeordneten rief er zu: "Griechenland hat beinahe das Doppelte (seines) Volkseinkommens eines Jahres bekommen. Ein sichtbares Symbol der Solidarität im Herzen der Union!"<sup>13</sup>

Natürlich verschweigt Barroso den Hauptunterschied zwischen den Programmen. Dieser besteht darin, dass die Marshallplan-Gelder in die Wiederherstellung zerstörter Infrastruktur und Industrieinvestitionen geflossen sind - während es bei der Griechenlandhilfe einzig darum geht, alte Schulden aufrecht zu erhalten. Und Barroso bezieht auch zweifelhafte Posten in seine Rechnung ein - aber es lohnt sich nicht, darauf einzugehen. Es handelt sich um Nebensachen.

Die Hauptsache ist: Die gleichen Leute, die ständig mehr wirtschaftspolitische Kompetenzen für sich verlangen, haben das bisher verschwenderischste "Rettungsprogramm" in der europäischen Geschichte durchgezogen und dabei Wirtschaft und Gesellschaft des "geretteten Staats" stranguliert. Nur zwei "positive" Dinge haben sie erreicht: Den privaten Gläubigern

<sup>12</sup> Quellen: Eurostat, EU-Kommission, Wikipedia

<sup>13</sup>

[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/president/news/speeches-statements/2012/04/20120418\\_speeches\\_2\\_en.htm](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/speeches-statements/2012/04/20120418_speeches_2_en.htm)

wurde Zeit verschafft, sich in Sicherheit zu bringen; und zweitens wurde bis jetzt ein "Staatsbankrott, der sich auch so anfühlt"<sup>14</sup> vermieden.

Man ist aber der Lösung des Problems um keinen Schritt näher gekommen, im Gegenteil. Die Abrechnung wurde nur verschoben und damit verteuert. Griechenland wird den Großteil seiner Verbindlichkeiten<sup>15</sup> nicht zurückzahlen können. Dass man "einem Nackten nicht in die Tasche greifen kann", versteht selbst der Mann auf der Straße, der von Wirtschaft nicht viel versteht.

Ohne einen Neubeginn besteht auch keine Chance, dass sich Wirtschaft und Staat wenigstens etwas erholen. An der Bankrotterklärung und der darauf folgenden Entschuldung führt daher kein Weg vorbei - und an Gerichtsverfahren gegen die Politiker, die das heraufbeschworen haben, sollte auch keiner vorbeiführen. Strafprozesse auch gegen jene, die in aussichtsloser Lage immer höher gepokert und dabei so getan haben als würde "Griechenland" die Retternationen keinen Cent kosten!

Natürlich ist es nicht der Staat gerettet worden und schon gar nicht die Griechen. Die "Hilfszahlungen" gehen zwar an die Regierung, die das Geld aber nicht nach Gutdünken ausgeben darf. Sie fließen auf ein Sperrkonto, das nur dazu dient, die finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Die (nachrangigen) "Gläubiger" sind heute fast ausschließlich die "Retterstaaten" selber. Die privaten Geldgeber der ersten Stunde haben die Rettungsaktionen genutzt, um sich zurückzuziehen sind meist bei noch bei einigermaßen gutem Wind davongekommen. Nur einige Hedgefonds, die fälschlicherweise darauf gesetzt hatten, dass es die EU nie zu einem Haircut kommen lassen werde, verloren viel Geld.

Was Griechenland selbst betrifft so ist seine Volkswirtschaft seit dem Beginn der Krise um real 24 Prozent eingebrochen. Die Arbeitslosenrate hat sich verdrei- und die Jugendarbeitslosigkeit auf 55 Prozent verfünffacht. Die Unterstützer der beiden einst staatstragenden Parteien (Sozialdemokraten und Nea Demokratia) haben sich gedrittelt und die Anhängerschaft der faschistischen Goldenen Morgenröte hat sich verzehnfacht.

Die staatlichen Verbindlichkeiten sind wegen des "Haarschnitts" 2012 für einen kurzen Moment gesunken, werden heuer aber wieder auf 180 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ansteigen. Die Verschuldung ist damit noch immer um 50 Prozent höher als 2008 (113 Prozent des BIP).

Barroso hat die Rettungsaktionen als Hilfsbereitschaft "verkauft". Das ist kein Zufall. Der Begriff von der "Solidarität der Tat" ist ein Codewort der Monnet-Sekte, in deren Krallen sich die EU befindet.<sup>16</sup> Mit Solidarität im landläufigen Sinn hat diese jedenfalls nichts zu tun, denn echte Solidarität erfolgt nur freiwillig und üblicherweise unter gleichen. Diese Solidarität war aber eine mit dem Finanzsystem, zu der die Bürger von ihren Regierungen gezwungen worden waren.

---

<sup>14</sup> Ausfall von Strom, Müllabfuhr, Zusammenbruch der öffentlichen Sicherheit etc.

<sup>15</sup> Aktuell 321,4 Mrd. Euro

<sup>16</sup> Siehe Kapitel „Bürokraten, Imperialisten, Herrenmenschen“